

Hamburg, 21. Mai 2015

An die Bundeskanzlerin  
Frau Dr. Angela Merkel  
Willy-Brandt-Straße 1  
D-10557 Berlin

**Betreff: Ernst machen mit der Finanzierung von Geschlechtergerechtigkeit und der Umsetzung und aktiven Förderung der Frauenrechte in den G7- und Post-2015 Verhandlungsprozessen**

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

die unterzeichnenden Frauenrechtsorganisationen und Organisationen aus der Entwicklungszusammenarbeit begrüßen die eindeutige Position, die Deutschland in Bezug auf die Förderung der Geschlechtergerechtigkeit und der Rechte von Frauen und Mädchen innerhalb der Post-2015-Agenda eingenommen hat. Mit großer Zustimmung begegnen wir auch Ihrer Initiative, Frau Bundeskanzlerin, und damit der Verantwortung, die die Bundesregierung im Rahmen der G7-Präsidentschaft für das Thema übernommen hat. Mit der Verabschiedung des neuen Gleichberechtigungskonzepts hat das BMZ im vergangenen Jahr die Weichen dafür gestellt und klar gemacht „*business as usual*“ ist keine Option. Dem hat die Bundesregierung im Rahmen der Verhandlungen zur Dritten Konferenz zur Entwicklungsfinanzierung mit der Unterzeichnung des *Joint Statement on Gender Equality in the Financing for Development Process* vom 30. Januar 2015 nochmals Nachdruck verliehen.

Der Post-2015-Prozess ist so gut wie abgeschlossen und die Verabschiedung von 17 starken Nachhaltigkeits- und Entwicklungszielen (SDG) wird erwartet. Hierzu gehört das Ziel Nummer fünf zur Geschlechtergerechtigkeit und der Stärkung von Frauen und Mädchen, welches umfassende Zielvorgaben zur geschlechterbasierten Diskriminierung, zu Gewalt und gesundheitsgefährdenden Praktiken, zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und Rechten, zu unbezahlter Pflege- und Haushaltsarbeit, zu Frauen in Entscheidungsprozessen und zu Kontrolle und Zugang von Frauen zu Ressourcen enthält. Zudem beinhalten andere Ziele im Sinne des gezielten Mainstreamings und der gemeinsamen Zuständigkeiten aller Ressorts und Politikfelder konkrete Zielvorgaben zur Geschlechtergerechtigkeit. Das begrüßen wir sehr!

Damit die Post-2015-Agenda mit diesem starken Fokus auf Geschlechtergerechtigkeit und Frauenrechten die formulierten Veränderungen verwirklichen kann, muss die Agenda mit starken Umsetzungsmechanismen ausgestattet werden, insbesondere mit ausreichend finanziellen Mitteln.

Vor diesem Hintergrund rufen wir Sie dazu auf:

Ausreichende sowie zweckbestimmte Mittel für die gezielte Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter und Stärkung der Rechte und Rolle von Frauen und damit auch für die Umsetzung des BMZ Gleichberechtigungskonzepts bereitzustellen und zu garantieren. Alle multilateralen sowie bilateralen Finanzierungsinstrumente und -programme der Bundesregierung und ihrer Partner müssen Kriterien enthalten, die eine vollständige Einbindung geschlechtergerechter Finanzierungsaspekte berücksichtigen. Im Sinne der Universalität der SDG ist die gesamte Bundesregierung gefragt, mit der Finanzierung und der Umsetzung der Frauenrechte ernst zu machen, international wie national. Dazu sollten alle Ministerien mit Gender-Budgeting-Kriterien arbeiten. Kein Budget darf verabschiedet werden, ohne die Auswirkungen auf das Ziel der Gleichstellung sowie die unterschiedlichen Lebensbedingungen von Frauen und Männern, Mädchen und Jungen zu analysieren und entsprechende Maßnahmen zur Stärkung von Geschlechtergerechtigkeit und Frauen- und Menschenrechten auszuweisen. Wir sind gegen einen weiteren spezialisierten Fonds, der ausschließlich von der Weltbank verwaltet wird. Denn dies widerspricht der Erkenntnis, dass alle Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit eine Gender-Dimension haben und dass daher alle Akteure ihre Budgets dementsprechend ausrichten müssen.

Wir hoffen, dass dieser Budget-Vorschlag beim G7-Gipfel eingebracht wird und dass die G7-Länder ermutigt werden können, hinsichtlich einer zweckbestimmten Finanzierung für die Zielvorgaben Frauenrechte und Stärkung der Position von Frauen in der Post-2015-Agenda zu kooperieren.

Ohne die unermüdliche Arbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und speziell Frauenrechtsorganisationen wären Frauenrechte und Geschlechtergerechtigkeit keine Priorität im Rahmen der Post-2015-Agenda geworden - im Gegenteil, sie hätten wohl eher einen Rückschlag erfahren. Doch die momentanen Finanzierungsmechanismen - auch in Deutschland - ermöglichen es weder Frauenrechtsaktivistinnen hier noch ihren Partnerinnen in Ländern des Südens ihrer zivilgesellschaftlichen Aufgabe gerecht zu werden. Um die Post-2015-Agenda erfolgreich umzusetzen, fordern wir deshalb, dass die Bundesregierung - und hier speziell das BMZ - sich im Rahmen der Operationalisierung und Umsetzung der Post-2015-Agenda gemäß seiner politischen Positionierung konsequent für die Schaffung einer Zivilgesellschaftsförderung einsetzt, die speziell Menschen- und Frauenrechtsorganisationen berücksichtigt, welche Advocacy-Arbeit leisten und sich für die gezielte Stärkung von Mädchen und Frauen und ihrer Menschenrechte einsetzen.

Wir freuen uns, mit Ihnen weiter über unsere beiden Vorschläge bei einem Treffen zu diskutieren und hoffen auf Ihre Unterstützung in dieser Angelegenheit.

Hochachtungsvoll,



Sascha Gabizon, Executive Director  
Women in Europe for a Common Future



Gotelind Alber, Vorstand  
GenderCC – women for Climate Justice



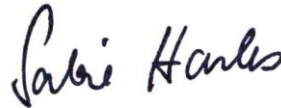
Marion Böker, Vorstand International Alliance of Women,  
Vizepräsidentin Europäische Mitgliedschaft (IAW);  
Initiative für einen Geschlechtergerechten Haushalt in  
BERLIN;  
Inhaberin/CEO Beratung für Menschenrecht &  
Genderfragen, Berlin



Marek Burmeister, Geschäftsführung  
Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt



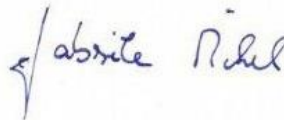
Mechthild Frey, Vorstandsvorsitzende  
Das Hunger Projekt



Sabine Harles, Vorstand  
Weltgebetstag der Frauen



Dr. Monika Hauser, Geschäftsführerin und  
Vorstandsmitglied, medica mondiale



Dr. Gabriele Michel, Vorstandsvorsitzende  
AMICA e.V.



Ulrike Röhr, Geschäftsführung  
genanet – Gender, Umwelt, Nachhaltigkeit



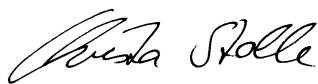
Maïke Röttger, Vorsitzende der Geschäftsführung  
Plan International Deutschland e.V.



Nicole Schenda, Leiterin Projektarbeit  
Oxfam



Heide Schutz, Vorsitzende  
Frauennetzwerk für Frieden e.V.



Christa Stolle, Bundesgeschäftsführerin  
TERRE DES FEMMES e.V.

Kopie des Briefes an Herrn Bundesminister Dr. Gerd Müller